

PRESSEINFORMATION

Nr. 38/2009 vom 10.11.2009

Konfessioneller Religionsunterricht muss bleiben!

Wiesbaden. Zur anhaltenden Diskussion um den konfessionellen Religionsunterricht an hessischen Schulen erklärt der bildungspolitische Sprecher der Jungen Union Hessen, Landesvorstandsmitglied Bastian Kempf: „Die von Minister Hahn angestoßene Diskussion entbehrt jedweder Grundlage. Diesen Gedankenspielen stehen sowohl unsere Verfassung als auch der geschlossene Koalitionsvertrag entgegen.“

Die hessische Junge Union habe sich bereits im Jahr 2003 dafür ausgesprochen, an den Schulen auch einen islamischen Religionsunterricht anzubieten, sofern gewährleistet sei, dass die Lehrpläne mit den Grundwerten der Verfassung übereinstimmen und der Unterricht auch die Möglichkeit zur kritischen Reflexion und Diskussion ermögliche.

„Vor diesem Hintergrund hatten wir die Erklärungen in der Koalitionsvereinbarung zwischen hessischer CDU und FDP, diese Möglichkeit zu prüfen, ausdrücklich begrüßt“ erklärt Kempf. Er sehe daher im Gegensatz zu Minister Hahn auch keine Benachteiligung der Muslime im Vergleich zu Christen oder Juden. „Es gibt die Absicht, diesen Unterricht anzubieten“, so Kempf weiter. Wenn sich dafür unter den Religionsgemeinschaften nicht ausreichend verlässliche Partner fänden, sei es der falsche Schluss „nun auch den bewährten christlichen konfessionellen Unterricht in Frage zu stellen.“

Pressesprecher

Alexander Krey
Grimmstraße 19
63165 Mühlheim am Main
Telefon (069) 79 83 43 65
Mobil (0170) 6 56 00 42
alexander.krey@ju-hessen.de

Landesgeschäftsstelle

Frankfurter Str. 6
65189 Wiesbaden
Telefon (0611) 37 90 97
Telefax (0611) 37 10 20
ju@ju-hessen.de

„Der konfessionelle Religionsunterricht ist eminent wichtig, er bietet eine stabile Grundlage für die Werteentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Unser Weltverständnis, unser Menschenbild sowie unsere Wertauffassung sind maßgeblich vom Christentum geprägt. Ohne die christlichen Wurzeln dieser Prinzipien wäre eine Verständigung über zentrale Werte unserer Gesellschaft schwer möglich“ wünscht sich der JU Bildungspolitiker ein Ende der Diskussion. Die Kreisvorsitzende der JU Wiesbaden und direkt gewählte Landtagsabgeordnete Astrid Wallmann ergänzt: „Uns war von Beginn an bewusst, dass ein langer und steiniger Weg beim Thema ‚islamischer Religionsunterricht‘ vor uns liegt. Wenn sich das Vorhaben nicht verwirklichen lässt, sieht die Koalitionsvereinbarung vor, dass das Land Hessen im Fach Ethik eine verpflichtende religionskundliche Unterweisung einführt. Für mich gibt es aber aus heutiger Sicht keinen Grund das langfristige Ziel aufzugeben und neue unnötige Debatten zu eröffnen“.

Pressesprecher

Alexander Krey
Grimmstraße 19
63165 Mühlheim am Main
Telefon (069) 79 83 43 65
Mobil (0170) 6 56 00 42
alexander.krey@ju-hessen.de

Landesgeschäftsstelle

Frankfurter Str. 6
65189 Wiesbaden
Telefon (0611) 37 90 97
Telefax (0611) 37 10 20
ju@ju-hessen.de